

Wie in alter Zeit

Die traditionsreiche Gemeinde Dortmund-Nord wird zum 31.12.2006 geschlossen das berichtet das Magazin www.glaubenskultur.de.

Nun sind Schließungen von Gemeinden nichts Ungewöhnliches und in manchen Fällen sicher auch notwendig, aber die so oft beschworene neue Offenheit der Kirchenleitung lässt noch viel zu wünschen übrig. Der Unterschied zu der Zeit vor 20 Jahren liegt lediglich darin, dass man früher erst Mitte Dezember gesagt hätte, dass am 31.12.2006 der letzte Gottesdienst in dieser Kirche stattfindet.

Aber bessere Transparenz, oder gar die Betroffenen in die Planungen mit einzubeziehen das ist von der Kirchenleitung offenbar nicht gewollt. Hier werden Entscheidungen getroffen ohne die Betroffenen anzuhören, hier werden Planungen umgesetzt die als fertiges Konzept ohne Änderungsmöglichkeiten der Gemeinde vorgesetzt werden. Eine Mitwirkung oder gar Änderung ist nicht gewünscht.

Die Aussage, dass man bei 150 Gottesdienstbesuchern eine Kirche mit 1000 Sitzplätzen nicht mehr finanzieren könne, ist nur als Nebelkerze zu verstehen. Konkrete Zahlen, meine Herren, gehören in die Öffentlichkeit. Nur dann können sich auch die Betroffenen davon ein Bild machen und finden garantiert Einsparmöglichkeiten an die in der Kirchenverwaltung noch nie jemand gedacht hat. Wenn man in einer solchen Entscheidung die Betroffenen mit einbezieht, und einen Zeitraum von einem Jahr bis zur endgültigen Entscheidung einräumt, dann gibt es sicher in manchem Fall zum Schluss eine andere Entscheidung.

Hier wird eine Entscheidung vom grünen Tisch mit der Autorität eines Apostels vermittelt und damit gerechnet, dass sich nur wenige trauen öffentlich gegen den Apostel ihre Meinung zu sagen. Also werden die, die mit dieser Entscheidung nicht einverstanden sind und über deren Köpfe hinweg eine solche Planung verabschiedet wurde, ihre innere Kündigung aussprechen oder verfestigen.

Die Entscheidung zur Schließung der Gemeinde Dortmund-Nord verstehe ich aber auch als Pilotprojekt und als Alibi für die Überraschungen die uns in dieser Hinsicht noch bevorstehen. Wenn man diesen Maßstab anlegt, dann müssten mehr als die Hälfte der Gemeinden auf der Abschlusliste stehen.

BP2006-09-20 (hw)